

**WAHLKAMPF**

■ KOMMENTAR	
Der Wahlkampf läuft auf vollen Touren Von Yuliya Yurchuk, Universität Göttingen	2
■ ANALYSE	
Die Wahlprogramme der drei großen Parteien Von Halyna Kokhan, Kiew	5
■ TABELLEN UND GRAFIKEN	
Wahlprognosen	10
■ DOKUMENTATION	
Die großen Meinungsforschungs-Institute im Überblick	12
<hr/>	
■ CHRONIK	
Vom 25. Juni bis zum 24. September 2007	14

*Die nächste Ausgabe der Ukraine-Analysen erscheint am 9. Oktober 2007.
Thema werden die vorgezogenen Parlamentswahlen vom 30. September sein.*



Kommentar

Der Wahlkampf läuft auf vollen Touren

Von Yuliya Yurchuk, MA Eurocultures, Universität Göttingen

Zusammenfassung

In fünf Tagen werden die Ukrainer in den Wahllokalen für die Parteien stimmen, aus denen sich künftig die Werchowna Rada, das ukrainische Parlament zusammensetzen wird. Angeblich soll mit den vorgezogenen Wahlen die gegenwärtige politische Krise gelöst werden. Es gibt allerdings kaum Hoffnung, dass sich die augenblickliche Situation nach dem 30. September, dem Wahltag, verändern wird. Klar ist, dass dieselben Personen am Spiel um die Macht beteiligt bleiben. Spekuliert wird lediglich über die künftige Koalition, die den Ministerpräsidenten bestimmt.

Weshalb die Wahlen?

Wenn es um die Ursachen für die vorgezogenen Wahlen geht, dann ist eine einfache Antwort sehr verlockend: nämlich, das seit den Parlamentswahlen 2006 ständig zunehmende politische Chaos in der Ukraine. Die schnellen Wahlen scheinen der einfachste Weg zu sein, die Blockade zwischen Präsident Viktor Juschtschenko und seinem Rivalen Ministerpräsident Viktor Janukowitsch zu beenden. Allerdings ist der einfachste Weg nicht immer der richtige. Für die Wahlen gibt es formale Ursachen wie auch informelle Motive. So ist einerseits der Präsident bestrebt, seiner Verpflichtung als Verfassungsgarant gegenüber den Bürgern nachzukommen und löste das fortwährend verfassungswidrig handelnde Parlament auf. Andererseits hängt die Frage „Weshalb Wahlen?“ sehr eng mit jener nach „Warum die Krise?“ zusammen, da ja die Wahlen ein Echo auf die Probleme darstellen.

Erklären lässt sich die Krise zum einen als Folge des Konfliktes zwischen den Parteien Block Julia Timoschenko, Juschtschenkos Unserer Ukraine sowie der Partei der Regionen von Janukowitsch, zum anderen resultiert sie aus den Hoffnungen der Regierungskoalition, die absolute Mehrheit zu erhalten. Auch wurde die Krise noch durch den Interessenkonflikt zwischen verschiedenen Oligarcheneliten des Finanz- und Industriesektors verstärkt. All dies verweist auf die mangelnde Bereitschaft der ukrainischen Politiker, sich zu einigen und miteinander zu kooperieren, um eine gesittete Machtaufteilung zu realisieren. Selbst das Verfassungsmodell von 2004 scheint recht unbequem zu sein; entspricht es doch nicht mehr den persönlichen Ambitionen führender politischer Akteure.

Wegen der zeitlichen Kürze des diesjährigen Wahlkampfes, hatten neue politische Akteure keine Chance sich zu etablieren. Dementsprechend ist maximal eine geringe Veränderung in der Zusammensetzung

der führenden Politiker zu erwarten, vor allem im Fall einer neuen Regierungskoalition.

Dieselben Personen an derselben Stelle

Betrachtet man den Wahlkampf 2007 etwas genauer, so beschleicht einen das Gefühl eines *déjà vu* der Wahlen von 2006. Es gibt zwar manche Veränderungen auf den Wahllisten, diverse Umbesetzungen bei den Kandidaten und veränderte Rhetoriken mancher Parteien gegenüber der Bevölkerung. Im Kern ist allerdings alles beim alten geblieben. Dieses Faktum wurde bereits auf den Parteitag zu Beginn des Wahlkampfes deutlich, die Anfang August stattfanden.

Den spektakulärsten Parteitag veranstaltete die Partei der Regionen. Dieser fand im Sportpalast statt, der größten Konzerthalle Kiews, in der 2005 der European Song Contest durchgeführt wurde. Der Weg zum Eingang war, der Farbe dieser Partei entsprechend mit blauem Teppich gesäumt, die Menge der Anhänger und das pompöse Auftreten der Parteimitglieder gleichen sehr der prachtvollen Oscar-Verleihung. Für die Politiker war die Anerkennung auf dem Parteitag ebenso bedeutend, wie der Oscar für die Schauspieler. An die gegenwärtigen politischen Freunde des Parteivorsitzenden verteilte man Plätze auf den Wahllisten: Je enger die Bindung, desto höher der Listenplatz. Das ist die Logik.

Die größten „Überraschungen“ finden sich unter den ersten fünf Listenplätzen. Da gibt es zwei neue Namen in der Partei der Regionen: Inna Bohoslawska und Nestor Schufritsch. Bei den letzten Wahlen waren sie mit ihren Parteien „Witsche“ und der „Sozialdemokratischen Partei der Ukraine (Vereinigt)“ unverbesserliche Rivalen; jetzt werden sie gemeinsam eine maßgebliche Rolle in der Fraktion der Partei der Regionen spielen. 2006 schaffte keine der beiden Parteien den Einzug ins Parlament. Gemeinsam jedoch können Bohoslawska und Schufritsch einen beachtlichen Teil der Wählerstimmen

unterschiedlicher sozialer Schichten mobilisieren. Die „Witsche“-Partei Bohoslowkas war 2006 progressiv auf junge Menschen sowie die liberale Mittelschicht hin ausgerichtet. Im Gegensatz dazu unterstützte die Sozialdemokratische Partei (Vereinigt) den Status quo der Kutschma-Regierung, die vielmehr auf den älteren Teil der Bevölkerung des Landes konzentriert war. Berücksichtigt man außerdem die rhetorischen Fähigkeiten der beiden Kandidaten wie auch ihre Beliebtheit in der Bevölkerung, so stellen sie das ideale Sprachrohr der Partei der Regionen dar, nur dass sie keinerlei strategischen Wandel in der Partei bewirken werden.

Im Vergleich zum Wahlkampf von 2006, bei dem die Partei der Regionen inhaltlich hauptsächlich ihre Anti-NATO-Haltung, die engere Verflechtung mit Russland sowie die Rolle der Russischen Sprache thematisierte, betont sie in diesem Jahr die mangelnde Demokratie in der Ukraine als Folge der „oranzen“ Herrschaft. Die Partei verspricht, die Situation zu verbessern. Seit Monaten schon hebt sie ihre internationale „Zwei-Vektoren“-Politik hervor, bei der die Partnerschaft der Ukraine sowohl mit der Europäischen Union wie auch mit Russland richtungweisend ist. Wie auch immer, wahrscheinlich sind es nur rhetorische Veränderungen in den Parteireden, um die pro-europäischen Wähler für sich gewinnen zu können – zeigten doch die russischen Gäste Konstantin Satulin und Konstantin Kosachow von der Kremlpartei „Einiges Russland“ die Dringlichkeit der russisch-ukrainischen Verbindungen auf und sprachen über „den Schrecken des orangen Giftes“, welches die Ukraine betäubt hätte. Die Partei der Regionen müsse die Ukraine von dieser Vergiftung erlösen.

Unter Berücksichtigung des innerparteilichen Zusammenhaltes, ihrem Image einer starken Partei sowie ihrem Einfluss auf die Massenmedien, hat die Partei der Regionen sehr gute Aussichten, als Sieger aus dieser Wahl hervorzugehen.

Im Vergleich zu den letzten Wahlen, hat der Block Julia Timoschenko, eine Koalition der Batkiwschtschina-Partei (Vaterland), deren Vorsitzende Julia Timoschenko ist, der Sozialdemokratischen Partei der Ukraine sowie der Partei Reformen und Ordnung, dieses Mal bessere Aussichten, hauptsächlich durch die sehr emsige Aktivität ihrer Vorsitzenden. Nicht zuletzt hat Timoschenko durch die erschwerte Zulassung ihres Parteibündnisses zu den Wahlen durch das Zentrale Wahlkomitee zusätzlich öffentliche Sympathien für sich gewinnen können. Der Parteitag des Blocks stand in der Art seiner Durchführung den Konkurrenten in nichts nach. Für tausende Anhänger, die als Unterstützung ihres ideologischen Leittieres gekommen waren, sangen die besten Musiker des Landes. Allerdings waren einige

der Zuschauer von der Einstellung der Vorsitzenden verblüfft.

So regte Wilfried Martens, Vorsitzender der konservativen Europäischen Volkspartei (EVP) die Batkiwschtschina-Partei dazu an, sich der EVP anzuschließen. Julia Timoschenko nahm die Einladung erfreut an. Die Verbindung mit einer konservativ ausgerichteten Partei könnte einen Gesinnungswandel der Parteiführung andeuten, da sich die Batkiwschtschina-Partei selbst eigentlich als die am weitesten links angesiedelte ukrainische Volkspartei positioniert. Dieser politische Wandel scheint sehr fraglich. Viel eher beabsichtigte die Parteiführung mit dieser Maßnahme wohl, ihre Popularität unter den Wählern zu vergrößern. Sarkozy, Merkel, Barroso und andere prominente Anhänger der EVP symbolisieren Macht, Stabilität und Europäisches Interesse an der Ukraine. Diese Einladung ist demnach äußerst positiv konnotiert; demonstriert sie doch die guten Beziehungen Timoschenkos zu anderen führenden europäischen Politikern, vor allem, wenn man an ihre berüchtigte Vergangenheit denkt.

Die dritte Partei, die definitiv nach dem 30. September ins Parlament einziehen wird, ist Unsere Ukraine-Selbstverteidigung des Volkes, eine Union von neun demokratischen Parteien. Die bekanntesten unter ihnen sind die Partei Unsere Ukraine von Viktor Juschtschenko, Selbstverteidigung des Volkes mit ihrem Vorsitzenden Juri Luschenko, Mitorganisator der Orangen Revolution und bis zum Herbst 2006 Innenminister, sowie die Volksfront (RUKH). Die Parteitagsrhetorik beschäftigte sich hier vor allem mit dem Status der ukrainischen Sprache, der Herstellung eines Konsenses innerhalb der Orthodoxen Kirche, einer nationalen Kultur- und Gesellschaftspolitik sowie mit wirtschaftlichen Normen. Die größte Kontroverse gab es bei der Abschaffung der Immunität für Abgeordnete, die dann doch zu einem zentralen Wahlkampfthema wurde. Was die derzeitige Positionierung von Unsere Ukraine-Selbstverteidigung des Volkes innerhalb der ukrainischen Parteienlandschaft betrifft, so bekennt man sich zum Block Julia Timoschenko. Wie die letzten Jahre jedoch gezeigt haben, kann sich dies nach der Wahl schnell wieder ändern, denn Freund und Feind sind unter den ukrainischen Politikern wie Karten in einem Spiel vermischt.

Die Gewinner und Verlierer der vorzeitigen Wahlen

Wie in jedem Spiel, gibt es auch in der Politik Sieger und Verlierer. Für gewöhnlich sind es mehr Verlierer, was wohl auch nach den Wahlen in der Ukraine der Fall sein wird. Der größte unter ihnen könnte möglicherweise die Sozialistische Partei der Ukraine mit

ihrem Vorsitzenden Oleksandr Moros sein. Seine Partei schafft es wahrscheinlich nicht, überhaupt ins Parlament einzuziehen, da Moros das Vertrauen der Wähler verloren hat. Dies zeigen auch die letzten Umfragen.

Die Kommunisten haben ebenfalls geringe Aussichten, die Vier-Prozent-Hürde für den Einzug ins Parlament zu überwinden. Während der Kutschma-Ära stellten sie noch eine Alternative zum Präsidenten dar. Diesen Part hat nun die Partei der Regionen übernommen. Darüber hinaus integrierte die Partei der Regionen auch programmatische Inhalte der Kommunisten in ihr eigenes Wahlprogramm, darunter die Anti-NATO-Haltung sowie die Forderung nach einem offiziellen Status der russischen Sprache, weshalb die Bevölkerung voraussichtlich eher für die Partei der Regionen stimmen wird.

Für den in der politischen Mitte angesiedelten Block Litvin wie auch für die nationalistische Allukrainische Vereinigung „Swoboda“ sind die Aussichten auf Einzug ins Parlament schlecht. Die Wähler, die eine nationalistische Politik unterstützen, wählen wahrscheinlich eher den Block Julia Timoschenko oder Unsere Ukraine-Selbstverteidigung des Volkes.

...und nach den Wahlen?

Nach dem 30. September haben sich die Ukrainer eine Pause verdient. Innerhalb der letzten drei Jahre ging die Bevölkerung zu oft in die Wahllokale. Aber werden die bevorstehenden Wahlen dem Land Stabilität beschern? Das ist zweifelhaft, da Ruhe und Stabilität im Land nur gewährleistet wären, wenn eine Partei die absolute Mehrheit gewinnen würde, entweder die Partei der Regionen, Unsere Ukraine oder der Block Julia Timoschenko. Weil dies kaum denkbar ist, ist Stabilität in der ukrainischen Politik ebenfalls schwer vorstellbar. Eigentlich ist nach den Wahlen eine erneute

Krise zu erwarten, die das Land mindestens bis zu den Präsidentschaftswahlen 2009 begleiten wird.

Es bleibt die Tatsache, dass die Parteien wieder eine Koalition bilden müssen. Die zwei bereits 2006 versuchten Varianten sind auch 2007 wieder wahrscheinlich. Entweder werden die orangen Parteien, also der Block Timoschenko und Unsere Ukraine zusammenarbeiten und so die Mehrheit im Parlament stellen können oder Unsere Ukraine wird, wie 2006, gemeinsam mit der Partei der Regionen, den Kommunisten und Sozialisten, falls diese in das Parlament einziehen, die Mehrheit erlangen. Selbstverständlich gibt es auch eine dritte, wenn auch kaum denkbare Variante. Der Block Julia Timoschenko könnte mit der Partei der Regionen zusammenarbeiten. Denkt man an die kommenden Präsidentschaftswahlen 2009, bei denen Timoschenko gute Aussichten hat, mit ihrer kontinuierlichen und beharrlichen Politik zu gewinnen, so ist diese Koalitionsvariante jedoch sehr unwahrscheinlich. Timoschenko hat verstanden, dass die Bevölkerung es leid ist, sich nicht auf die Beständigkeit der Politiker verlassen zu können. Die Parteien wiederum sind bemüht, ihre Wähler davon zu überzeugen, dass sie nicht wieder die gleichen Fehler machen werden. Präsident Juschtschenko erklärte, dass seine Partei mit ihren Freunden vom Block Timoschenko Hand in Hand geht und eine Koalition mit der Partei der Regionen künftig nicht denkbar sein wird. Dieses feierliche Versprechen kann kaum für bare Münze genommen werden, weil der Wert des Wortes von Politikern in Wahlkampfzeiten gering ist. Es gehört bereits zur Tradition in der ukrainischen Politik, das Gesicht nach der Wahl zu verändern. Folglich kann jede Prognose falsch liegen. In zwei Jahren werden die Ukrainer den Präsidenten wählen. Möglicherweise wird sich dann etwas ändern.

Übersetzung: Jana Matischok

Über die Autorin:

Yuliya Yurchuk hat an der Universität Rivne studiert und absolviert derzeit den MA Euroculture an den Universitäten Göttingen und Duesto, San Sebastian. Von Juli bis September 2007 war sie Praktikantin an der Forschungsstelle Osteuropa.

Analyse

Die Wahlprogramme der drei großen Parteien

Von Halyna Kokhan, Kiew

Zusammenfassung

Programme politischer Parteien im Wahlkampf zeigen nicht nur, womit politische Kräfte bei den Wahlen antreten, sondern auch die politischen Kurse, die sie nach den Wahlen, d. h. falls sie gewählt werden, zu verfolgen versprechen. Hier sollen nun die Wahlprogramme der drei großen Parteien kritisch gewürdigt werden, die eine Chance haben, eine neue Regierungskoalition maßgeblich zu prägen. Dies sind die Partei der Regionen, der Wahlblock Unsere Ukraine – Selbstverteidigung des Volkes und der Block Timoschenko.

Die Partei der Regionen

Parolen der Partei der Regionen, von welchen es in der ukrainischen politischen Werbung genügend gibt, lauten: „Eine glückliche Familie ist ein erfolgreiches Land!“, „Wohlstand und Stabilität!“, „Was wir damals gemacht haben, schaffen wir heute noch einmal“. Mit Andeutungen, dass orange Versprechen nur leere Worte sind, versucht Ministerpräsident Viktor Janukowitsch die Wähler von seiner Überlegenheit zu überzeugen.

In ihrer politischen Werbung setzt seine Partei den Akzent auf Stabilität und Wohlstand im Lande, mit denen sich diese politische Kraft assoziiert, und auf den Vergleich der eigenen Partei mit den Kräften des „oranzen“ Lagers. So findet man am Ende des Wahlprogramms eine vergleichende Analyse der Tätigkeit der Regierungen von Timoschenko, Jechanurow und Janukowitsch. Bei allen Werten (Wachstum des BIP, Volumen der Industrie- und Bauproduktion, Preisentwicklung, Exportwachstum, Durchschnittsrente, Mindest- und Durchschnittslohn) ist die Regierung von Janukowitsch vorne, was auch immer diese handverlesenen Indikatoren über die jeweils sehr kurzen Regierungsperioden aussagen mögen. Das Programm der Partei der Regionen ist breitgefächert, jede Programmmthese wird durch eine Beschreibung ergänzt, wie sie realisiert werden soll.

Politik

In diesem Bereich setzt die Partei auf eine Fortführung der politischen Reformen und eine feste Verankerung der parlamentarischen Demokratie (soll heißen der starken Stellung des Parlaments, in dem eine Mehrheit angestrebt wird, gegenüber dem von der Opposition gestellten Präsidenten). Die Rechts- und Gerichtsreform beinhaltet die Gründung unabhängiger Gerichte, eine direkte Richterwahl durch Bürger, Sicherung der Rede- und Pressefreiheit.

Im Bereich lokaler Selbstverwaltung beabsichtigt die Partei, möglichst viele Macht- und Finanzbefugnisse

an die Organe lokaler Selbstverwaltung zu übertragen, um regionale und lokale Entwicklungsstrategien zu verwirklichen. Bezüglich der viel beschworenen Spaltung des Landes zwischen Ost und West heißt es: „Wir sind verschieden, aber wir alle sind Bürger eines Staates.“ Die Frage, ob Russisch den Status einer zweiten Amtssprache bekommt, wurde mit dem Leitsatz „Zwei Sprachen – ein Volk!“ beantwortet, wobei allerdings einschränkend eine Zustimmung der Parlamentsmehrheit zur Bedingung gemacht wird. Die Sprachenfrage ist damit wieder Wahlkampfmunition.

Außenpolitik

Die Partei der Regionen tritt für einen blockfreien Status der Ukraine ein, d. h. eine NATO-Mitgliedschaft wird nicht unterstützt. Diese Frage soll aber in einem Referendum direkt durch die Bevölkerung entschieden werden. Dessen Ergebnis ist derzeit allerdings leicht vorherzusagen. Die Partei sieht andererseits EU- und WTO-Mitgliedschaft als Mittel zur Steigerung des Wohlstandes der Bürger. Insgesamt strebt sie so eine ausgeglichene sowohl west- als auch ostorientierten Außenpolitik an, was eine Rückkehr zur ukrainischen Politik der Kutschma-Zeit bedeutet. Großen Wert legt die Partei der Regionen außerdem auf die Beteiligung der Ukraine am Europäischen Wirtschaftsraum (EWR), was die Möglichkeiten der Ukraine auf dem europäischen Markt erweitert, in der Praxis jedoch zum Verlust der Aussichten auf EU-Mitgliedschaft führen kann.

Wirtschaft

Für Unternehmen soll ein neues Steuerrecht eingeführt werden, nach dem kleine und mittlere Unternehmen ab Anfang 2008 fünf Jahre lang von Steuern und Gebühren für Registrierung und Erhalt aller notwendigen Dokumente befreit werden. Das Kapitel „Reformen sind der Weg zum Erfolg“ konzentriert auf moderne liberale Schlagwörter: Befreiung der Wirtschaft von staatlicher Einmischung und Vormundschaft, Übergang

zur Wissensgesellschaft, Einführung energiesparender Technologien.

Landwirtschaft

Im Bereich der Landwirtschaft geht es um die Bildung eines transparenten, legalisierten Bodenmarktes mit einem jährlichen Pachtgrundbetrag von nicht weniger als 400 UAH (ca. 60 Euro) pro Hektar, die Bereitstellung eines qualitativ hochwertigen Telefonnetzes und Internetzugangs für alle ländlichen Gegenden, die Verdopplung der Agrarinvestitionen, Gründung einer nationalen Getreidebörse und Durchführung von Obst- und Gemüseauktionen in den Städten, was zum besseren Schutz landwirtschaftlicher Interessen beitragen soll.

Soziales

Die soziale Programmatik ist von zentraler Bedeutung im Wahlprogramm der Partei der Regionen. Das Programm widmet sich allen derzeit in der ukrainischen Öffentlichkeit diskutierten sozialen Problemen. Es werden auch konkrete Angaben zur Finanzierung der versprochenen zusätzlichen Sozialleistungen gemacht.

Die Wohnungsnot soll durch Grundstücksauktionen von 2008 bis 2010 behoben werden. Die Bereitstellung von Wohnfläche soll vom Dienstal abhängerig gemacht werden: Nach 20 Berufsjahren erhält man eine Wohnung kostenlos, nach 10 Berufsjahren – zum halben Preis. Diese Initiative erscheint interessant im Hinblick auf eine starke Arbeitnehmerförderung und Senkung der internen Arbeitskräftemigration, entspricht jedoch nicht den Bedürfnissen eines freien Arbeitsmarkts, auf dem viele ihren Arbeitsplatz häufiger wechseln und auch regional mobil sind.

Das Programm garantiert jedem Rentner eine Rente, die nach der Anzahl der Berufsjahre, der Qualifikation und den Arbeitsbedingungen berechnet wird, d. h. jede Rente wird individuell bestimmt, was viel zusätzliche Arbeit für die Sozialdienste bedeutet. Die Einführung einer nichtstaatlichen Rentenversicherung setzt eine Reihe von Reformen im Bereich der Sozialversicherung fort, die bereits Mitte der 1990er begonnen wurden.

Im Bereich des Gesundheitswesens wird das Augenmerk auf eine qualitative medizinische Versorgung sozial schwacher Bürger, das Finanzleasing, die Ausarbeitung spezieller Programme und die Einführung einer Krankenversicherung gerichtet.

Das Problem der niedrigen Geburtenrate soll nicht durch eine einmalige Geburtsbeihilfe, sondern durch eine systematische finanzielle Unterstützung bis zum 18. Lebensjahr gelöst werden. Das Stipendium für Studierende soll auf 200 bis 1060 UAH (etwa 30 bis 150 Euro) steigen. Die Höhe hängt von der Akkreditierung der Hochschule und vom sozialen Status des Studierenden

ab. Die Partei der Regionen schlägt eine finanzielle Unterstützung von Betrieben vor, um jedem Einzelnen einen ersten Arbeitsplatz zur Verfügung stellen zu können. Die Versorgung junger Familien mit Dienstwohnungen soll ebenfalls sichergestellt werden. Jungen Spezialisten, die in strategischen Betrieben arbeiten, wird eine gute Wohnungsvergung garantiert, indem der Staat die finanzielle Bürgschaft übernimmt.

Eine weitere Initiative der Partei der Regionen im sozialen Bereich ist der Übergang zu einer Berufarmee, die den Anforderungen der heutigen Zeit entspricht und nach dem Prinzip des EU-Militärs organisiert ist. Außerdem sieht das Programm vor, die soziale Sicherung von Armeemitgliedern, vor allem ihre finanzielle Versorgung zu erhöhen und ein Netz von Militärschulen zur Vorbereitung von Reservekräften als Grundlage der patriotischen Erziehung zu schaffen.

Unsere Ukraine – Selbstverteidigung des Volkes

Parolen, auf die diese politische Kraft im Wahlkampf gesetzt hat, sind: „Ich verspreche nicht, ich garantiere!“, „Vorzeitige Bürgermeisterwahlen in Kiew!“, „Setzt die korrumpierte Obrigkeit Kiews ab!“, „Kiew bis 2012 in eine florierende europäische Hauptstadt umwandeln!“, „Für die Ukraine – ein neues Parlament, für Kiew – eine neue Macht!“, „Schaffen wir die Abgeordnetenimmunität ab!“, „Das Gesetz ist eins für alle!“, „Sie haben Renten erhöht. Ist es so? Sie haben Löhne erhöht. Ist es so? Sie haben Preiserhöhungen gestoppt. Ist es so? Denk nach!“

Das Wahlprogramm wurde unter der Parole „Für die Menschen, nicht für die Politiker!“ geschrieben. Grundlegend dafür waren die Ergebnisse des Programms des ukrainischen Präsidenten „Zehn Schritte auf die Menschen zu!“ von 2005–2006, nämlich:

- die Erhöhung der Geburtsbeihilfe um das 11fache,
- die Steigerung des Mindestlohns um 68 Prozent;
- die Anhebung der Renten auf das Existenzminimum,
- die Sicherung der Redefreiheit,
- der Abzug der ukrainischen Armee aus dem Irak,
- die Kürzung der Wehrdienstzeit,
- Stärkung ausländischer Investitionen in die ukrainische Wirtschaft.

Die strategischen Ziele der Partei sind:

- einen Rechtsstaat zu schaffen.
- die Nation durch eine geistige Wiedergeburt zu verewinen.
- eine neue Wirtschaftsstrategie zu verwirklichen.

Politik

Der politische Teil des Wahlprogramms von Unsere Ukraine ist teilweise recht unpräzise. Alle Forderungen

weisen in Richtung Demokratisierung, oft jedoch sehr verkürzt.

Die Forderung „Wir werden eine Rechenschaftspflicht für alle staatlichen Organe und Organe lokaler Selbstverwaltung gesetzlich verankern!“ ist nicht ganz klar, weil die Organe lokaler Selbstverwaltung als gewählte Machtorgane nicht rechenschaftspflichtig sein können, insbesondere, wenn es um die finanzielle Unabhängigkeit der lokalen Selbstverwaltung von der Zentralmacht geht. Die Durchführung einer öffentlichen Überprüfung und Einschätzung, ob politische Parteien ihre Wahlversprechen erfüllen, kann als Verstoß gegen die Rede- und Denkfreiheit und gegen das Gesetz „Über politische Parteien“ von 2001 bewertet werden.

Die „Entpolitisierung der Polizei“ ist letztendlich eine vereinfachte Lösungsmöglichkeit eines Problems, das sich nur während der Wahlen oder „Revolutionen“ verschärft.

Bestimmungen zur Einführung des Amtes wählbarer Friedensrichter, zur Gründung einer Gerichtskammer zur Eignungsüberprüfung aller Richter und zur Übereinstimmungskontrolle ihres Einkommens mit den Besitzverhältnissen bringen eine extreme Erweiterung des Gerichtssystems durch Bildung neuer Organe und dürften damit die Arbeit der Justiz in der Praxis erheblich erschweren.

Außenpolitik

Im Bereich der Außenpolitik setzt das Wahlprogramm von Unsere Ukraine – Selbstverteidigung des Volkes den Akzent auf den WTO-Beitritt der Ukraine und resultierende wirtschaftliche Vorteile. Die Schaffung einer Freihandelszone mit der EU und Vereinfachung des Visaregimes demonstrieren eine eindeutig europäische Orientierung. Ein weiterer Schwerpunkt ist die Migrationspolitik, die bei den anderen Parteien meist überhaupt nicht thematisiert wird. Mit den Ländern, in denen ukrainische Bürger arbeiten, sollen Abkommen zur Sicherung ihrer Sozial- und Arbeitsrechte geschlossen werden. Dieser Vorschlag wurde bereits vor langer Zeit von Ombudslauten gemacht, das entsprechende Gesetz befindet sich jedoch immer noch in der Entwurfsphase.

Wirtschaft

Zentrale Forderung des Wahlprogramms von Unsere Ukraine im Bereich der Wirtschaft ist die Gründung einer nationalen Antikorruptionsbehörde, die überprüft, ob die Ausgaben hochgestellter Amtspersonen ihrem versteuerten Einkommen entsprechen. Ebenfalls zentral ist die Forderung nach einer Reduzierung der Abhängigkeit von russischen Energielieferungen, die vor allem durch den Einsatz neuer Technologien, eine

Diversifizierung des Energieimports und Verwendung alternativer Energien erreicht werden soll.

Für 2008 plant Unsere Ukraine die Einführung eines neuen Steuerrechts, das ab 2009 einfache und verständliche Regeln für Steuerzahlungen vorgeben soll. In diesem Fall sollten die Autoren des Programms den Begriff „einfache und verständliche Regeln“, falls es dabei um die Steuerzahlungen geht, näher erklären und die Abschaffung des Steuerfahndungsdienstes begründen. Die Liquidierung von Korruptionsschemata für die Mehrwertsteuererstattung, Abschaffung der Steuerkarte und Senkung der Mehrwertsteuer auf 17 Prozent wiederholen nur die Position des Blocks Timoschenko. Die im Programm vorgesehene Einführung einer Vermögens- und Luxussteuer, die regionale Haushalte füllen soll, dürfte in der Praxis Probleme bereiten, weil die Erfahrung des schwedischen Sozialstaates in der Ukraine mit ihrer Schattenwirtschaft schwer zu implementieren sein dürften.

Die Anwerbung neuer Investitionen für den Bau moderner Autobahnen, Stadien, Sportanlagen und die Schaffung neuer Arbeitsplätze während der Vorbereitung und Durchführung der Fußball-EM im Jahre 2012 sind Versprechen angesichts eines wichtigen Sportereignisses, das wahrscheinlich auch in der Bevölkerung eine breite Unterstützung erfährt.

Landwirtschaft

Das Wahlprogramm verspricht ein durchsichtiges Anmeldeverfahren für Grundbesitzrechte, das Recht, frei über seinen Grundbesitz zu verfügen, eine vorsätzliche Zerstörung der fruchtbaren Bodenschicht strafbar zu machen, das Privatisierungsverfahren für Besitzer geteilter Parzellen zu vereinfachen, die Erbschaftssteuer für Grund und Boden für Bauern zu senken. Außerdem garantiert die Partei eine finanzielle Unterstützung in Höhe von 20.000 UAH (knapp 3.000 Euro) für Hochschulabsolventen, die nach ihrem Studium nicht weniger als drei Jahre auf dem Lande arbeiten werden.

Soziales

Die Beamtengehälter im Bildungs-, Kultur-, Gesundheits-, Sportwesen, im Sozialdienst, die Gehälter von Armeeinghörigen und Polizisten sollen nach der vollständigen Einführung eines einheitlichen Tarifnetzes um 58 Prozent steigen. Der Plan zur Durchführung einer Rentenreform mit der Aufhebung der Gleichmacherei bei den Renten (indem man das Dienstalter berücksichtigt und die Rente im Durchschnitt um 35 Prozent erhöht) und Abschaffung von Sonderpensionen für Abgeordnete und Minister bildet größtenteils (bis auf um ein paar Tausend UAH höhere Beträge) die Vorschläge anderer politischer Parteien zum Sozialpaket ab.

Das Versprechen, gerechte Kommunaltarife einzuführen („Die Bürger werden für das Gas keinen höheren Preis bezahlen, als seine Förderung in der Ukraine kostet“), erscheint nicht sehr realistisch, weil der Bedarf von Privathaushalten kaum durch das in der Ukraine gewonnene Gas sondern vor allem durch importiertes Gas gedeckt wird. Im übrigen drohen auch bei den anderen Kommunalleistungen deutliche Preiserhöhungen, die nur durch eine fortgesetzte Subventionierung aus dem Staatshaushalt zu vermeiden sind.

Die Thesen von Unsere Ukraine zum Gesundheitswesen erinnern an die ihrer Gegner. Zum ersten Mal werden jedoch das Problem des Alkoholismus, das Rauchen von Kindern und Lebensbedingungen behinderter Menschen angesprochen. Außerdem wird eine deutliche Steigerung der staatlichen Geburtsbeihilfe und des Kindergeldes gefordert.

Die Initiative, eine Berufssarmee zu bilden, die mit modernen Waffen vor allem heimischer Hersteller ausgerüstet wird, stellt nur eine formulierte Hoffnung und keine realistische Option dar. Die Initiative „Bis 2010 werden alle Armeeinghörigen eine Wohnung bekommen“ ist ein Versprechen ohne eine Erklärung, wie man solch massenhafte Bautätigkeit finanzieren soll. „Die Sozialwohnungen werden erschwinglicher durch eine freie Verteilung von Grundstücken für den massenhaften Wohnungsbau.“ Die Verteilung von Grundstücken bedeutet jedoch nicht unbedingt, dass die Wohnflächenpreise sinken, sondern lediglich eine Erhöhung der Wohnungsanzahl.

Im Bereich der Bildung will der Wahlblock Unsere Ukraine gegen die Korruption bei Aufnahmeprüfungen an Hochschulen vorgehen, indem ein einheitlicher Aufnahmetest außerhalb von Hochschulen eingeführt wird. Das Stipendium für Waisenkinder, die studieren bzw. eine Berufsschule besuchen, wird erhöht, Vergünstigungen im Fernverkehr für Schüler und Studierende werden das ganze Jahr über gültig sein, neue, auch private, Kindergärten werden geschaffen. Die Vorschulbildung garantiert jedem Kind die Beherrschung der ukrainischen Sprache und den Kontakt mit volkeigenen Traditionen. Die Finanzierung der wissenschaftlichen Forschungsarbeit wird an europäischen Standards angepasst und soll nicht weniger als 2 Prozent des BIP betragen. Leiter von Hochschulen und wissenschaftlichen Institutionen sollen wieder gewählt werden. Bis 2010 soll jede Schule auf dem Lande ans Internet angeschlossen sein.

Kultur

Im kulturellen Bereich setzt Unsere Ukraine auf den Schutz der ukrainischen Sprache und Kultur, die Schaffung eines einheitlichen Informationsraums,

Entwicklungsfreiheit für Sprache und Kultur aller in der Ukraine lebenden Minderheiten, Unterstützung des nationalen Theaters und Films, der nationalen Kunst, Förderung des Buchdrucks und Bildung eines landesweiten Vertriebssystems für Bücher. In jeder Ortschaft soll es bis 2009 wieder eine Buchhandlung geben. Die Partei garantiert Glaubensfreiheit und einen respektvollen Umgang mit dem Bestreben von Millionen, eine einheitliche orthodoxe Kirche zu stärken.

Block Timoschenko

Die politische Werbung des Blocks Timoschenko arbeitet mit Ironie: „Timoschenko ist für die Benzinkrise verantwortlich, das Benzin kostete doch 4 Hrywna, gebt uns diese Krise zurück!“, „Alle versprechen vor den Wahlen und tun nichts, sie hat es nach den Wahlen geschafft!“, „Timoschenko ist für die Fleischkrise verantwortlich, das Fleisch kostete jedoch 20 Hrywna, und jetzt kostet es trotz der Stabilität 40 Hrywna!“.

Der Wahlblock präsentierte den Wählern ein strategisches Entwicklungsprogramm „Der ukrainische Durchbruch“. Warum der Begriff „Durchbruch“ und nicht etwa „Evolution“ gewählt worden war, erklärten die Autoren des Programms folgendermaßen: „Der Begriff ‚Durchbruch‘ bedeutet das Gegenteil einer langsamen Evolution im Schildkrötentempo“. Der Block stellt sich als eine politische Kraft dar, die weiß, was zu tun ist. Der Zeitraum, innerhalb dessen das Programm umgesetzt werden soll, beträgt ein Jahr, was eine eng bemessene Zeit für die Realisierung eines ernsthaften strategischen Programms ist. Das Programm erhebt den Anspruch, einzigartig zu sein und das optimalste System der Lebensgestaltung einer Gesellschaft mit einem würdigen Erbe anbieten zu können.

Politik

Das Wahlprogramm des Blocks Timoschenko schlägt vor, ein Referendum über eine neue ukrainische Verfassung durchzuführen. Das Volk solle selbst entscheiden, wie seine Verfassung aussehen soll, indem es zentrale Schlüsselfragen beantwortet. Diese betreffen vor allem die Regierungsform (präsidial oder parlamentarisch), Richterwahlen, Aufhebung der Abgeordnetenprivilegien und der Abgeordnetenimmunität, Mandatsaberkennung bei Korruption, Rechteerweiterung für Organe lokaler Selbstverwaltung, Überprüfung von Machtstrukturen, Vereinfachung des Procederes bei Referenden.

Der Block setzt sich für die Gründung unabhängiger Rechnungsprüfungsorgane ein und will die Verantwortung für sie an die politische Opposition geben. Hinzu kommen eine wesentliche Verschärfung der Strafen für Korruption einschließlich einer lebenslangen Haft, die

Wiederaufnahme des Programms „Stopp den Schmuggel“, die Gründung eines Kommunikationsnetzes zwischen den Bürgern und der Polizei zur Meldung von Korruptionsfällen, die Erhöhung der Sozialsicherung und der materiellen Versorgung von Ordnungshütern. Alle Forderungen laufen auf die Schaffung neuer Verwaltungsorgane hinaus und bedeuten die Fortsetzung der politischen Initiativen, die Julia Timoschenko als Ministerpräsidentin einleitete.

Außerdem macht der Block Timoschenko den Vorschlag, Richtergehälter wesentlich zu erhöhen, Gerichtskosten für bestimmte Verfahren zu senken, kostenlose Rechtsanwaltschilfe für sozialschwache Bürger anzubieten.

Wirtschaft

Die Rolle des Staates in der Wirtschaft, der Einfluss des Beamtentums beim Treffen wirtschaftlicher Entscheidungen und seine Einmischung in die Unternehmertätigkeit sollen vermindert werden. Auf diese Weise entfallende wirtschaftliche Korruption. Der Block schlägt vor, eine spezielle Prüfungskommission zu bilden, die alle Gesetzentwürfe im Hinblick auf das Korruptionsrisiko untersuchen soll. Es ist jedoch nicht gesagt, dass diese Kommission unbestechlich bleibt, wenn alle Gesetzentwürfe dort auf dem Tisch landen. In diesem Fall funktioniert der Mechanismus der Selbstkontrolle nicht mehr.

In der derzeitigen Gesetzgebung sollen alle Probleme, Gegensätze und „weiße Flecken“ beseitigt werden, die ein Hindernis für ukrainische und ausländische Investitionen darstellen. Es wäre zu empfehlen, diese Standpunkte als Schlüsselthesen des Wirtschaftsbezirks zu konkretisieren.

Um einen Durchbruch auf dem Gebiet der Energieeffizienz herbeizuführen, schlägt der Wahlblock vor, den Bau der Ölpipeline „Odessa-Brodi-Danzig“ zu Ende zu bringen, eine Gaspipeline „Kaspisches Meer – Ukraine“ zu bauen, eine optimale Erschließung und Förderung von Erdöl und Erdgas auf den Festlandsockeln des Schwarzen und Asowschen Meeres zu sichern.

Das Wahlprogramm erklärt die Ukraine zu einem großen Transitland, dessen Ressourcen nicht mal zu 10 Prozent ausgenutzt werden. Es ist nicht ganz klar, woher diese Zahl kommt, denn sie taucht in den offiziellen Berichten des Verkehrsministeriums der Ukraine nicht auf. Jedenfalls geht das Programm davon aus, dass um den Durchbruch im Transitbereich zu verwirklichen, günstige Bedingungen für eine staatlich-private Zusammenarbeit bei der Errichtung wichtiger Transitübergänge geschaffen und ihre Sicherheit gewährleistet werden muß. Außerdem müssen neue Erdöl- und Gaspipelines gebaut, um neue Alternativen

für die ukrainische Energieversorgung zu finden, das Transitregime sowohl für Passagiere als auch für Waren soll liberalisiert werden, eine staatlich-private Kooperation beim Bau von Flughäfen gesichert werden und für eine „militärische Ordnung“ auf den Bahngleisen müsse ebenfalls gesorgt werden.

Der Durchbruch im Bereich des Unternehmertums ist zu schaffen, wenn man ein neues Steuerrecht mit Steuererleichterungen, Erweiterung der Steuerbemessungsgrundlage, Steuervergünstigungsabbau einführt und die Mehrwertsteuer abschafft.

Der Block Timoschenko schlägt außerdem vor, die Ukraine in ein Investitionsparadies für Investoren zu verwandeln. Dazu gehören Garantien für eine Rückerstattung von Kapitalanlagen und gewinnbringende Voraussetzungen für den Kapitaleinsatz. Ein neues offenes Privatisierungsprogramm mit gleichen Bedingungen für alle, transparente Tenderverfahren, bessere Investitionsbedingungen im Energiesektor, ein Ombudsmannnetzwerk für Investoren, vereinfachte Importzertifizierungsverfahren und eine an die WTO-Praxis angeglichene Gesetzgebung sind weitere Forderungen im Wirtschaftsbereich.

Landwirtschaft

Der Verkauf von Grund und Boden für nicht-landwirtschaftliche Zwecke darf ausschließlich auf Auktionen stattfinden. Der Durchbruch in der Landwirtschaft sieht Folgendes vor: die Entwicklung einer landwirtschaftlichen Infrastruktur (und zwar: eines Agrarfonds, einer Agrarbörse, eines Versicherungsfonds und einer Agrarbank), Einführung eines transparenten Marktes für ukrainische Hersteller und Förderung ihrer Produkte auf dem Außenmarkt, eine wesentliche Erhöhung der Arbeitsplätze auf dem Lande, Abschaffung der unsystematischen Finanzierung der Dörfer und Übergang zu typischen Business-Projekten, die sowohl die Verarbeitung der Agrarprodukte als auch ihre ökologische Sauberkeit berücksichtigen.

Soziales

Babyboom und Bauboom sind Schlüsselfaktoren für die moderne Entwicklung. Der Durchbruch im Baugewerbe soll durch die Entwicklung eines Hypothekensystems und die Senkung des Darlehenssatzes zur Anschaffung von Wohneigentum bis auf das „europäische Niveau“, Steuervergünstigungen für den Bau von Industrieobjekten und staatliche Bauaufträge für Sozialwohnungen bewirkt werden.

Das Programm sieht außerdem eine Krankenversicherungspflicht vor, ohne garantierte kostenlose medizinische Leistungen abzuschaffen. Der Staat übernimmt die Kosten der Krankenversicherung für

sozialschwache Bürger. Der Arbeitgeber wird gesetzlich dazu verpflichtet, seine Arbeitnehmer zu versichern.

Der Geburtsbeihilfebetrag übertrifft die Wahlversprechen anderer politischer Parteien und beläuft sich auf 25.000 UAH (über 3.500 Euro). Dessen Berechnungs- und Ausgabeverfahren sollen vereinfacht werden.

Den „demographischen Durchbruch“ interpretiert der Block Timoschenko als Bildung eines sozialen Arzneimittelmarktes, Realisierung des Programms „Landarzt“, Gründung nationaler Gesundheitszentren, die für die Ausarbeitung spezieller Programme zuständig sind, Rückkehr ukrainischer Bürger, die im Ausland arbeiten, in ihr Heimatland. Wie auch in anderen Bereichen setzt das Wahlprogramm des Blocks Timoschenko vor allem auf die Schaffung neuer (meist staatlicher) Institutionen für bestimmte Aufgaben, ohne deren Funktionsweise und den institutionellen Rahmen näher zu definieren.

Bildung und Wissenschaft

Der „intellektuelle Durchbruch“ besteht für den Block Timoschenko darin, die Internetnutzung und den Zugang zu neuen Informationstechnologien zu sichern. Die Korruption im Hochschulwesen wird gar nicht

Über die Autorin:

Halyna Kokhan arbeitet für den American Council for International Education und als freie Journalistin für Arhumenty i fakty w Ukraine. Sie hält einen B.A. in Politikwissenschaft (National University Ostroh Academy, Region Rivne) und einen M.A. in Politikwissenschaft (Europa-Studien) der National University Kyiv-Mohyla Academy.

erwähnt. Die Schaffung eines Silicon Valley bedarf jedoch sowohl finanzieller als auch intellektueller Investitionen sowie gleicher Zugangsmöglichkeit zu den Ressourcen für alle. Außerdem müsste zwischen der akademischen Wissenschaft insgesamt und der Entwicklung von Spitzentechnologien unterschieden werden, weil letztere nur ein Teil der nationalen Wissenschaft sind.

Der Wahlblock fordert neue Technologien anstelle von Wissenschaftlern zu exportieren. Ukrainische Wissenschaftler sollen zu ausländischen Wissenschaftskonferenzen und nicht als billige Arbeitskräfte aus der dritten Welt ins Ausland fahren. Ziel des Wahlprogramms ist es die Autorität der Wissenschaft, der Intellektuellen zu erhöhen und Jugendliche aus den Nachtclubs in die Bibliotheken zurückzuholen.

Die Entwicklung eines Schutzsystems für Forschungsleistungen, Bildung eines nationalen Verwaltungssystems für innovative Entwicklungen, das Programm „Internetzugang für jeden“, die Schaffung eines unabhängigen Kontrollsystems zur Überprüfung des Wissensniveaus von Schülern sind die Prioritäten des Blocks Timoschenko im Bildungswesen.

Übersetzung: Olga Dudkowskaja

Tabellen und Grafiken

Wahlprognosen

Tabelle 1: Wahlprognosen der führenden Umfrage-Institute im Vergleich
(Stand: Erste Septemberhälfte 2007)

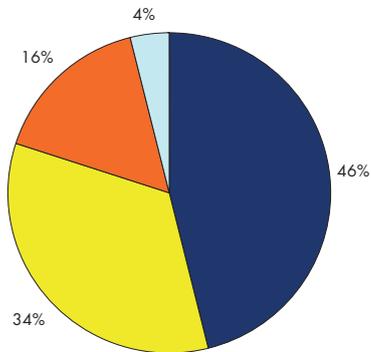
	Demokratische Initiativen	Rasumkow-Zentrum	Sozis	FOM-Ukraina
Partei der Regionen	34,7%	33,9%	29%	32%
Block Timoschenko	25,7%	23,5%	19%	20%
Unsere Ukraine	11,9%	13,1%	10%	10%
Kommunisten	2,7%	5,0%	3%	4%
Sozialisten	1,8%	1,6%	1%	2%
Block Litwin	3,3%	3,0%	4%	4%

Anmerkung: Ab dem 14.09.2007 dürfen keine neuen Umfrageergebnisse mehr in Massenmedien veröffentlicht werden. Bei den Wahlen gilt eine 3%-Hürde.

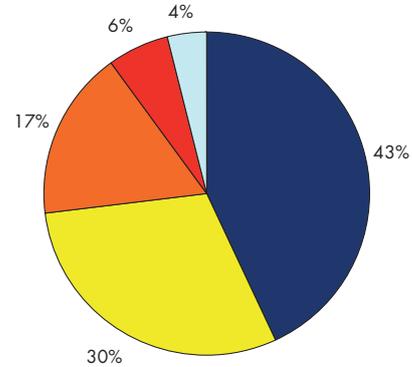
Quelle: Siehe die Darstellung der Umfrage-Institute im folgenden Abschnitt.

Grafik 1: Resultierende hypothetische Sitzverteilungen im Parlament

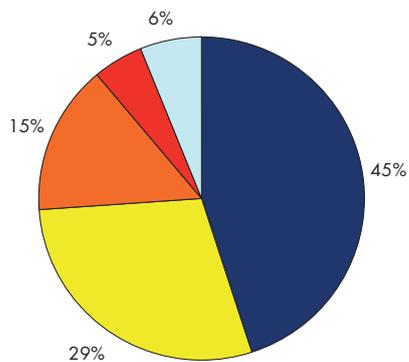
1. Prognose Demokratische Initiativen



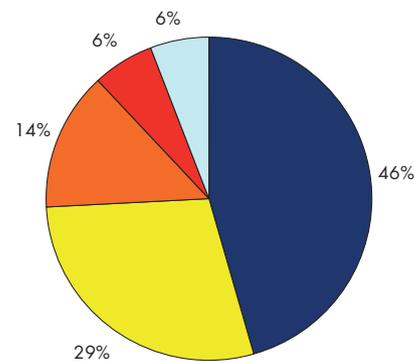
2. Prognose Rasumkow-Zentrum



3. Prognose Sozis

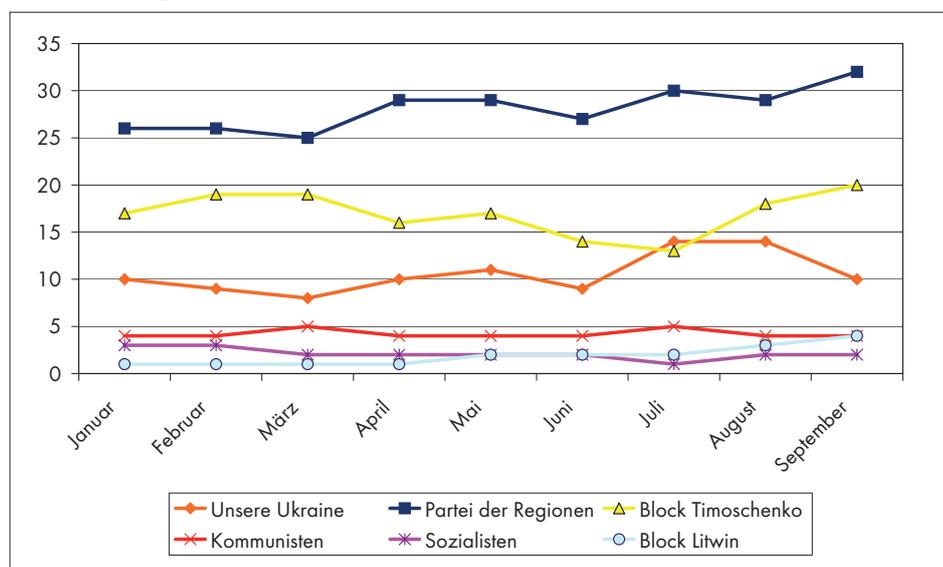


4. Prognose FOM-Ukraine



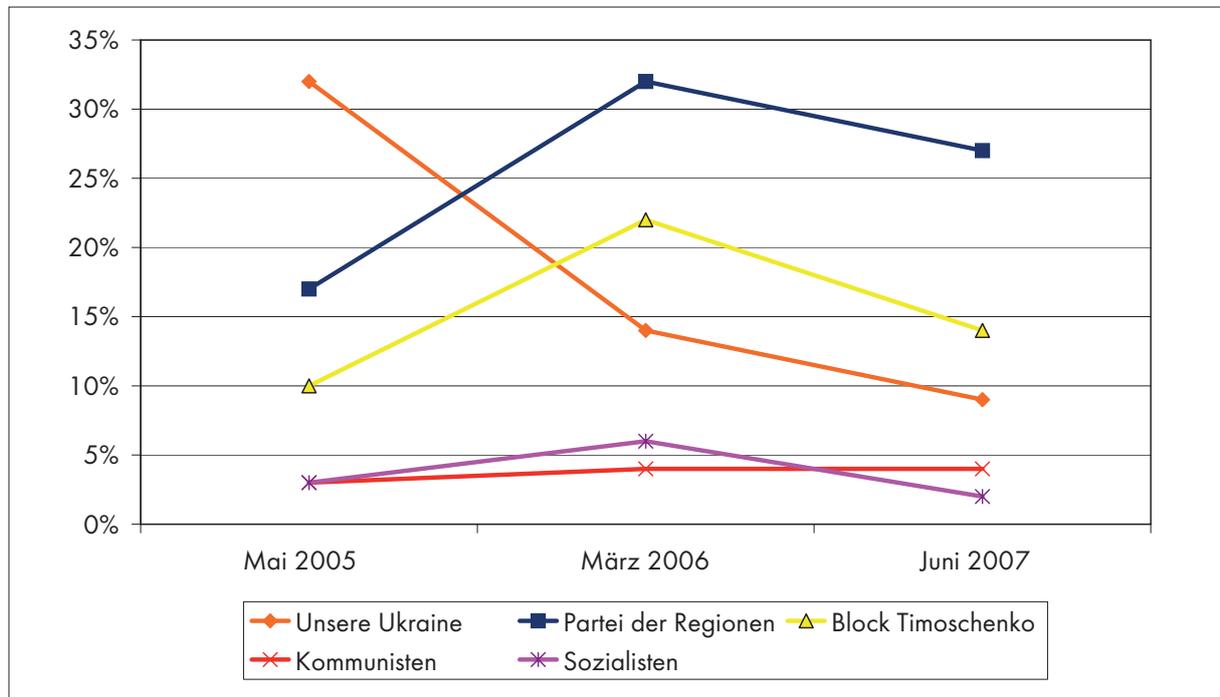
■ Partei der Regionen
 ▲ Block Timoschenko
 ■ Unsere Ukraine
■ Kommunisten
 ■ Block Litwin

Grafik 2: Welche Partei würden Sie wählen, wenn Sonntag Parlamentswahlen wären? Kurzfristige Trends Januar bis September 2007



Quelle: FOM-Ukraina

Grafik 3: Welche Partei würden Sie wählen, wenn Sonntag Parlamentswahlen wären? Langfristige Trends 2005–07



Anmerkung: Zahlen für März 2006 entsprechen dem Wahlergebnis.

Quelle: FOM-Ukraina

Dokumentation

Die großen Meinungsforschungs-Institute im Überblick

Stiftung „Demokratische Initiativen“, <http://www.dif.org.ua/home.php>

Die Stiftung „Demokratische Initiativen“ (DI) wurde 1992 als gemeinnützige nicht-staatliche Organisation gegründet. Die Stiftung finanziert sich zum größten Teil über Fördergelder. Sie unterstützt den gesellschaftlichen Übergang zur Demokratie und die Entwicklung einer Zivilgesellschaft in der Ukraine. DI verbreitet kostenlose Informationen unter Bürgern, Journalisten und Politikern und führt auch Seminare für die letztgenannten beiden Gruppen durch. Die Stiftung spezialisiert sich auf die Analyse der öffentlichen Meinung sowie sozialer und politischer Entwicklungen. DI hat bereits 47 landesweite Meinungsumfragen (Omnibus), 34 regionale Umfragen sowie über 200 Umfragen zu konkreten Fragen durchgeführt. Die in den Umfragen erfassten Themen umfassen die Unterstützung des Beitritts der Ukraine zu NATO und EU, Jugendpolitik, das Image führender Personen des öffentlichen Lebens sowie Expertenfragen unter Journalisten.

Eine umfassende landesweite Umfrage zu den bevorstehenden Parlamentswahlen wurde vom 9.6. bis zum 2.7.2007 gemeinsam mit dem Ukrainian Sociological Service durchgeführt. Ende August/Anfang September wurde von DI eine Blitzumfrage unter den Leitern soziologischer Institute durchgeführt, die nach deren Bewertung des Wahlkampfes fragte. Gemeinsam mit zwei weiteren Umfrage-Instituten ist DI Mitglied im Konsortium „Nationale Exit-Poll 2007“. Am Wahltag sollen etwa 20.000 Wähler in 300 Wahlkreisen zu ihrer Stimmabgabe befragt werden. Für DI ist dies bereits die neunte exit poll.

Kiewer Internationales Institut für Soziologie (KMIS), <http://www.kiis.com.ua/>

Das Kiewer Internationale Institut für Soziologie als Forschungsunternehmen existiert bereits seit 14 Jahren. KMIS bietet Dienstleistungen im Bereich sozio-ökonomischer Probleme, Marketing, Politik und Gesundheitswesen an. Das Institut hat große Erfahrung sowohl mit quantitativen als auch qualitativen Methoden und hat bereits über 300 Fokus-Gruppen organisiert. Die Finanzierung erfolgt über Auftragsforschung. KMIS ist am Konsortium „Nationale Exit-Poll 2007“ beteiligt.

Ukrainisches Zentrum wirtschaftlicher und politischer Studien „Rasumkow-Zentrum“,

Das gemeinnützige Rasumkow-Zentrum beschäftigt sich seit seiner Gründung im Jahre 1994 mit Forschungsprojekten in den Bereichen Innenpolitisch, sozio-ökonomische Entwicklung der Ukraine, Energiesektor, Staatsverwaltung, Weltwirtschaft, Außenpolitik, nationale Sicherheit. Experten des Zentrums beraten regelmäßig Abgeordnete des ukrainischen Parlaments.

2007 führte das Rasumkow-Zentrum eine landesweite Umfrage zur Beziehung zwischen Ukraine und EU durch. Anfang September wurde eine repräsentative Umfrage zu den vorgezogenen Parlamentswahlen vorgenommen. Das Razumkow-Zentrum ist ebenfalls Mitglied im Konsortium „Nationale Exit-Poll 2007“.

Sozis, <http://www.socis.kiev.ua/>

Das Sozis – Zentrum sozialer und politischer Studien, das als Gesellschaft mit beschränkter Haftung organisiert ist, wurde 1988 gegründet. In diesem Jahr wurde erstmals von einer Gruppe ukrainischer Soziologen eine unabhängige Meinungsumfrage durchgeführt. Derzeit liegt der Schwerpunkt des Zentrums auf sozialen Problemen, Meinungsumfragen, Experteninterviews zur Sozialpolitik. Das Zentrum führt seine Studien entweder mit Hilfe von Fördermitteln oder als Auftragsforschung durch.

Zentrum „Soziales Monitoring“

Das Zentrum Soziales Monitoring (SM) organisiert und forscht im Bereich sozio-ökonomischer Prozesse in der Ukraine und sozio-politischer Orientierungen verschiedener Bevölkerungsgruppen. Das Zentrum arbeitet für ukrainische und ausländische staatliche, private und kommerzielle Auftraggeber. SM führt landesweite Meinungsumfragen und exit polls durch. Zentral ist die regelmäßige Umfrage unter dem Titel „Soziale Selbstwahrnehmung und politische Orientierungen“, deren Ergebnisse in einem Bulletin veröffentlicht werden. Der Schwerpunkt von SM liegt zunehmend auf längerfristigen sozio-ökonomischen Trends und politischen Einstellungen und weniger auf aktuellen Wahlprognosen.

FOM-Ukraina, http://bd.fom.ru/map/projects/fom_ukraine

FOM-Ukraine wurde im Vorfeld der Parlamentswahlen 2006 vom russischen Meinungsforschungsinstitut FOM gemeinsam mit dem ukrainischen Marktforschungsunternehmen UMG als unabhängiges kommerzielles Umfrageinstitut gegründet. Der Schwerpunkt liegt auf quantitativen Umfragen zur politischen Orientierung der Bevölkerung. Die Studie „Meinungen und Ansichten der ukrainischen Bevölkerung“ wird seit Herbst 2006 monatlich durchgeführt.

*Zusammengestellt von Halyna Kokhan
Übersetzt von Lina Pleines*

Chronik
Vom 25. Juni bis zum 24. September 2007

25.6.2007	Die Zentrale Wahlkommission einigt sich auf die regionale Kompetenzverteilung ihrer Mitglieder. Die Zuordnung einzelner Regionen unter die Aufsicht der von Regierungskoalition oder Präsidenten bestimmten Mitglieder hatte zu mehreren Sitzungsvertagungen geführt. Im Ergebnis sind regierungsnahen Kommissionsmitglieder für die ost- und zentral ukrainischen und präsidentennahe Mitglieder für die westukrainischen Wahlkreise verantwortlich.
27.6.2007	Präsident Viktor Juschtschenko fordert „für die nahe Zukunft“ ein Referendum über Verfassungsänderungen. Er deutet an, dabei die Kompetenzen des Parlaments gegenüber den präsidentialen Vollmachten einschränken zu wollen. Oppositionsführerin Julia Timoschenko erklärt am 29.6., dass das Referendum parallel zu den vorgezogenen Parlamentswahlen am 30.9. durchgeführt werden solle.
28.6.2007	Unsere Ukraine und Selbstverteidigung des Volkes unterzeichnen ein Abkommen zur Schaffung eines gemeinsamen Wahlblocks. Die erst im Herbst vom gerade entlassenen Innenminister Juri Luzenko geschaffene Selbstverteidigungs-Bewegung war in Wahlumfragen auf bis zu 5% der Stimmen gekommen.
5.7.2007	Präsident Viktor Juschtschenko unterzeichnet einen Erlass, der die Publikation und damit das Inkrafttreten neuer Gesetze bis zu den vorgezogenen Parlamentsneuwahlen am 30.9. unterbindet. Der Präsident will so gesetzgeberische Aktivitäten des nach seiner Meinung illegitimen, da bereits aufgelösten, Parlaments verhindern. Parlamentspräsident Olexander Moros erklärt, dass der Präsident gegen grundlegende Verfassungsprinzipien verstoße. Der stellvertretende Ministerpräsident Mikola Asarow fordert am 11.7. die Staatsanwaltschaft auf, bezüglich des Erlasses eine Untersuchung einzuleiten.
10.7.2007	Präsident Viktor Juschtschenko und sein ungarischer Amtskollege Laszlo Solyom unterzeichnen eine Erklärung über „gemeinsame Denkmäler für Opfer vergangener Regime“. Dies umfasst unter anderem Opfer des Zweiten Weltkrieges und in der sowjetischen Ukraine nach dem Aufstand 1956 inhaftierte Ungarn.
10.7.2007	Das Verfassungsgericht wählt Andrij Strishak zu seinem neuen Vorsitzenden. Strishaks Vorgänger war im Konflikt um die vorgezogenen Neuwahlen bereits am 17.5. zurückgetreten.
11.7.2007	Das Verfassungsgericht gibt der Klage von Präsident Viktor Juschtschenko gegen den Staatshaushalt 2007 mit der Begründung Recht, dass die vorgesehenen Sozialleistungen nicht den verfassungsgemäßen Garantien entsprechen.
12.7.2007	Das Europaparlament, der legislative Arm der EU, verabschiedet mit großer Mehrheit einen unverbindlichen Bericht, der eine klare Beitrittsperspektive für die Ukraine fordert. Gleichzeitig wird die Ukraine aufgefordert, ihre Reformanstrengungen fortzusetzen.
12.7.2007	Unsere Ukraine bestimmt Oleh Humenjuk zum neuen Parteivorsitzenden. Sein Vorgänger Roman Bessmertnij war zurückgetreten.
16.7.2007	In der Region Lwiw entgleist ein Zug, wobei gelber Phosphor austritt und teilweise entflammt. Insgesamt etwa 180 Personen werden in Krankenhäuser eingewiesen. Mehr als 800 Menschen werden aus der Unglücksgegend evakuiert. Die landwirtschaftliche Produktion der Gegend wird vernichtet. Unsere Ukraine fordert am 23.7. offiziell den Rücktritt der Minister für Transport, Mikola Rudkowskij, und für Katastrophenschutz, Nestor Schufritsch, da sie für das Unglück und Probleme bei der Beseitigung der Unglücksfolgen verantwortlich seien.
23.7.2007	46 Parlamentsabgeordnete fordern das Verfassungsgericht auf, den dritten Präsidentialerlass zur Ansetzung von vorgezogenen Parlamentsneuwahlen zu überprüfen. Der dritte Erlass war nach einem Streit über die ersten beiden Erlasse in Folge eines Kompromisses zwischen Präsident Viktor Juschtschenko, Ministerpräsident Viktor Janukowitsch und Parlamentspräsident Olexander Moros am 5. Juni in Kraft getreten und hatte den 30.9. als Termin für vorgezogene Neuwahlen festgelegt. Als Begründung wurde die Illegitimität des Parlaments aufgrund der Mandatsniederlegungen der Opposition genannt. Zur Anrufung des Verfassungsgericht sind mindestens 45 Abgeordnete erforderlich.
24.7.2007	Unsere Ukraine startet eine Kampagne zur Abschaffung der Immunität von Parlamentsabgeordneten.
27.7.2007	Parlamentspräsident Olexander Moros will eine Sondersitzung des Parlaments für den 31.7. ansetzen, um die Durchführung der vorgezogenen Parlamentsneuwahlen zu diskutieren. Am 31.7. verschiebt er die Sitzung auf den 7. bis 10.8. Da die Partei der Regionen die Idee nicht unterstützt, findet die Sitzung nicht statt.

1.8.2007	Präsident Viktor Juschtschenko veröffentlicht einen vierten Erlass zur Ansetzung von Parlamentsneuwahlen. Der Erlass bestätigt den 30.9. als Wahltermin, womit der Wahlkampf am 2.8. offiziell beginnt. Gleichzeitig erhält der neue Erlass eine ausführlichere Begründung für die Illegitimität des alten Parlaments und der daraus resultierenden Notwendigkeit von Neuwahlen.
2.8.2007	Neun Parteien formen den Wahlblock „Unsere Ukraine – Selbstverteidigung des Volkes“, der von der präsidentennahen Partei Unsere Ukraine und der Selbstverteidigungs-Bewegung des ehemaligen Innenministers Juri Luzenko getragen wird.
2.8.2007	Parlamentspräsident Olexander Moros nennt die vorgezogenen Neuwahlen ein „kriminelles Abenteuer“ und erklärt, dass er nach den Wahlen ein Amtsenthebungsverfahren gegen den Präsidenten unterstützen würde. Die sozialistische Partei von Moros war 2006 noch im präsidentennahen Bündnis angetreten und droht an der 3%-Hürde zu scheitern.
4.–7.8.2007	Die im alten Parlament vertretenen Parteien halten ihre Wahlkongresse, auf denen Wahlprogramme und Kandidatenlisten verabschiedet werden. Bei der Partei der Regionen erhält der Oligarch Rinat Achmetow einen vorderen Listenplatz, bei Unsere Ukraine Zentralbankchef Wolodimir Stelmach. Beide Nominierungen werden kritisiert.
11.8.2007	Die Zentrale Wahlkommission lehnt mit den Stimmen der von der Regierungskoalition nominierten Mitglieder die Registrierung der Kandidaten des Blocks Timoschenko ab, da die exakten Adressen der Kandidaten fehlen würden. Am 13.8. demonstrieren 2.000 Anhänger des Blocks vor dem Gebäude der Kommission. Ein Kiewer Bezirksgericht ordnet am 14.8. die Registrierung der Kandidaten an, die am Folgetag durch die Zentrale Wahlkommission vorgenommen wird.
15.8.2007	Ministerpräsident Viktor Janukowitsch schlägt auf einer Kabinettsitzung vor, dass das Parlament auf einer Sondersitzung vor den Neuwahlen die Immunität von Parlamentsabgeordneten aufheben solle. Er greift damit eine zentrale Wahlkampfforderung der präsidenten-nahen Unsere Ukraine auf. Diese kritisiert den Ministerpräsidenten als unehrlich, lehnt eine Sitzung des aus ihrer Sicht illegitimen Parlaments ab und wechselt das Wahlkampftema.
17.–18.8.2007	Eine knappe Mehrheit der Zentralen Wahlkommission, bestehend aus von der Regierungskoalition und dem Präsidenten nominierten Mitgliedern, lehnt die Registrierung von Gruppen des Blocks Timoschenko ab, die Unterschriften für ein Verfassungsreferendum sammeln wollten.
20.8.2007	Präsident Viktor Juschtschenko erklärt auf einer Pressekonferenz, dass er eine Regierungskoalition zwischen Unsere Ukraine und der Partei der Regionen nicht begrüßen würde. Er betont gleichzeitig, dass jegliche Regierungskoalition, die die Rechte der Opposition ignoriere, keinen Erfolg haben werde.
22.8.2007	Aussenminister Arsenij Jazenjuk erklärt, dass die Verhandlungen mit Russland über die ukrainische Erdgasversorgung im Jahre 2008 „praktisch gescheitert seien“. Präsident Viktor Juschtschenko kritisiert gleichzeitig den Leiter des nationalen Energiekonzerns Naftohaz, Jewhen Bakulin, wegen unautorisierter Verhandlungen mit Russland.
24.8.2007	Präsident Viktor Juschtschenko erklärt, dass er eine nationale verfassungsgebende Versammlung einberufen wolle, um Verfassungsreformen zu erarbeiten, die dann in einem Referendum bestätigt werden sollten.
28.8.2007	Präsident Viktor Juschtschenko fordert das Verfassungsgericht auf, eine neue Regelung im Wahlrecht zu überprüfen, nach der in der Ukraine ansässige ukrainische Staatsbürger, die nicht bis drei Tage vor dem Wahltermin von einer Auslandsreise zurückgekehrt sind, von den Wahllisten gestrichen werden. Die Grenzbehörden hatten deshalb auf einem speziellen Formular alle ausreisenden Wahlberechtigten registriert. Die Regelung soll Stimmfälschungen verhindern. Juschtschenko sieht in der Bestimmung eine Einschränkung des durch die Verfassung garantierten Wahlrechts.
28.8.2007	Parlamentspräsident Olexander Moros erklärt, dass das Parlament unter allen Umständen am 4.9. eine Sitzung abhalten werden. Themen würden unter anderem die Abschaffung der Immunität von Parlamentsabgeordneten und ein Amtsenthebungsverfahren gegen den Präsidenten sein.
28.8.2007	Die Zentrale Wahlkommission erklärt, dass sie insgesamt 21 Parteien und Wahlblöcke für die vorgezogenen Parlamentswahlen zugelassen habe. Am 4.9. wird die Registrierung der Liste der Pora Partei nach einer Klage der Pora Partei rückgängig gemacht. Die Liste war von einer Splittergruppe der Partei initiiert worden, die den Beitritt zum Wahlblock Unsere Ukraine – Selbstverteidigung des Volkes ablehnte.

4.9.2007	Die Abgeordneten der Regierungskoalition halten eine Parlamentssitzung ab. In seiner Eröffnungsrede kritisiert Parlamentspräsident Olexander Moros Präsident Viktor Juschtschenko als verfassungsfeindlich. Die Abgeordneten stimmen für zwei Gesetze, die zum einen die Vergütung der Abgeordneten kürzen und zum anderen die parlamentarische Immunität aufheben. Da letzteres eine Verfassungsänderung beinhaltet, für welche der Regierungskoalition die erforderliche Mehrheit fehlt, ist die Aufhebung der Immunität auf keinen Fall gültig. Das Parlament plant eine weitere Sitzung für den 20.9., auf der die Regierung ihren Haushaltsentwurf für 2008 präsentieren will. Präsident Viktor Juschtschenko hatte bereits am Vortag in einer Fernsehansprache an die Nation erklärt, dass das Parlament illegitim und die Sitzung eine Provokation sei. Der Block Timoschenko kündigt an, Moros wegen der illegalen Sitzung bei der Generalstaatsanwaltschaft anzuzeigen.
4.9.2007	Der Nationale Sicherheitsrat fordert auf einer Sitzung die Entlassung der Minister für Transport, Mikola Rudkowskij, und für Katastrophenschutz, Nestor Schufritsch. Die Verfassung sieht diesbezüglich jedoch keine Kompetenzen des Rates vor.
5.9.2007	Die Partei der Regionen kündigt an, ein Referendum vorzubereiten, das über den Status der russischen Sprache, über militärische Neutralität und über Direktwahlen der Gouverneure und Bürgermeister entscheiden sollte. Am 17.9. erklärt sie, bereits die erforderlichen 3 Millionen Unterschriften gesammelt zu haben.
11.9.2007	In einem Interview mit der Londoner Tageszeitung Times wirft Präsident Viktor Juschtschenko Russland vor, die Untersuchung des auf ihn während des Präsidentschaftswahlkampfes 2004 verübten Dioxinanschlags zu behindern.
12.9.2007	Präsident Viktor Juschtschenko fordert die Öffentlichkeit zum laufenden Verfahren um den Mord an dem Journalisten Heorhij Gongadse zuzulassen. Der im Jahre 2000 begangene Mord war ein wesentlicher Anstoß für die Formierung einer Oppositionsbewegung gegen den damaligen Präsidenten Leonid Kutschma gewesen. Die Witwe des ermordeten Journalisten warf dem ermittelnden Behörde vor, die Auftraggeber des Mordes zu verschleiern. Angeklagt wurden drei ehemalige Polizisten, denen die Ausführung des Mordes vorgeworfen wird.
14.9.2007	Das elfte jährliche EU-Ukraine Gipfeltreffen findet in Kiew statt.
17.9.2007	Die Ukraine unterzeichnet einen Vertrag mit einem internationalen Konsortium, das den Bau einer neuen Schutzhülle über dem Unglücksreaktor in Tschernobyl vorsieht. Hinzu kommt ein Vertrag über den Bau eines Endlagers für Atommüll. Der Gesamtwert der Projekte beläuft sich auf über eine halbe Milliarde Euro.
20.9.2007	Das Parlament hält mit den Abgeordneten der Regierungskoalition eine Sitzung ab, auf der die Regierung ihren Haushaltsentwurf 2008 präsentiert.
20.9.2007	Die Partei der Regionen wirft Anhängern von Präsident Viktor Juschtschenko Provokationen im Wahlkampf vor und droht mit einem Boykott der Wahlen. In einer Erklärung heisst es, die politische Opposition plane, die Wahlergebnisse in Hochburgen der Partei der Regionen nicht zu akzeptieren und damit eine Bekanntgabe des Wahlergebnisses zu verzögern. Entsprechend der jüngsten Änderungen im Wahlgesetz ist für ein gültiges Wahlergebnis eine Wahlbeteiligung von 51% erforderlich. Viktor Janukowitsch erklärt am Folgetag, dass die Partei an den Wahlen teilnehmen werde und sich ihres Sieges sicher sei.
21.9.2007	Die Zentrale Wahlkommission verabschiedet in Reaktion auf eine Beschwerde der Sozialistischen Partei eine Erklärung, die Präsident Viktor Juschtschenko wegen seiner Unterstützung für den Wahlkampf von Unsere Ukraine verurteilt. Juschtschenko erwidert, dass solche Erklärungen nicht in der Kompetenz der Wahlkommission lägen. Unsere Ukraine erklärt am 24.9. vor Gericht gegen die unangemessene Einmischung der Wahlkommission in den Wahlkampf klagen zu wollen.
24.9.2007	Innenminister Wasil Zuschko fordert die Zentrale Wahlkommission auf, ukrainische Gastarbeiter im Ausland von den Wahllisten zu streichen, um Missbrauch ihres Wahlrechts durch andere zu verhindern. Er präsentiert eine Liste von insgesamt 3,5 Mio. Gastarbeitern. Die Wahlkommission lehnt die Streichung als völlig unbegründet ab.

Die Ukraine-Analysen werden mit Unterstützung durch die Otto-Wolff-Stiftung gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und technische Gestaltung: Matthias Neumann, Heiko Pleines

Ukraine-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

ISSN 1862-555X © 2007 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-7891 • Telefax: +49 421-218-3269

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: www.ukraine-analysen.de

Lesehinweis

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa

Russlandanalysen

Die „Russlandanalysen“ bieten wöchentlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Wochenchronik aktueller politischer Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

Der Russian Analytical Digest bietet zweimal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

***kultura.* Russland-Kulturanalysen**

Die Russland-Kulturanalysen diskutieren in kurzen, wissenschaftlich fundierten, doch publizistisch-aufbereiteten Beiträgen signifikante Entwicklungen der Kultursphäre Russlands. Jede Ausgabe enthält zwei Analysen und einige Kurztex-te bzw. Illustrationen. Erscheinungsweise: monatlich, in je einer deutschen und englischen Ausgabe.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatliche eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen bieten zweimal monatliche eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.polen-analysen.de>

Bibliographische Dienste

Die vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik sowie zur Ukraine. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de